

Bericht vom 10. Kommunalpolitischen Ratschlag am 18./19. Oktober 2008 in Mülheim/Ruhr

Der 10. Kommunalpolitische Ratschlag (KPR) war insgesamt erfolgreich und mobilisierend. Die über 70 Teilnehmer wurden gestärkt bei ihren kommunalpolitischen Zielen und Aufgaben, ob in der Kleinarbeit oder Ratsarbeit der vertretenen Bündnisse, oder als Interessierte Einzelne und Mitglieder verschiedener Organisationen. In den zahlreichen Beiträgen zeigte sich gewachsene Kompetenz und die Kraft ihrer Bündelung.

Die Bedeutung der überregionalen Vernetzung wurde vertieft, aber auch eine Kritik geführt, wo dies gering geschätzt wurde. Klar wurde, dass die weitere Vernetzung ein gemeinsames Anliegen und Verantwortung aller Beteiligten ist, und auf dieser Grundlage die Höherentwicklung der Koordinierung stehen muss.

Die Teilnehmerzahl war gemessen an der „Termindichte“ in den Wochen davor und danach gut, was das Bedürfnis nach Zusammenarbeit ausdrückt. Es waren Vertreter von 16 Bündnissen (aus NRW 9, Ba-Wü 4, Thüringen 1 und Hessen 2) anwesend, die NRW-Elterninitiative gegen KIBIZ, Bauspielplatz Köln, Frank Kuschel, MdL aus Thüringen als einer der Referenten, sowie aus Essen zwei Mitglieder der Linke und zwei der DKP.

1. Anforderungen und Chancen alternativer Kommunalpolitik

Der KPR begann mit einer Einordnung der Situation in den Kommunen und der Arbeit der Bündnisse in die „politische Großwetterlage“, insbesondere die **Finanzkrise** mit der Entwicklung hin zur Weltwirtschaftskrise – was kommt auf die Kommunen und damit auf die Menschen zu? Es wird weniger Landeszuweisungen für die Städte geben, weil die Lasten des Berliner Milliardenprogramms für die Banken auch auf die Länder abgewälzt werden. Das Steueraufkommen wird sinken, Gewerbesteuer kann sogar ausfallen oder zurückzuzahlen sein. Sparkassen müssen für die Zockereien der Landesbanken zahlen, was ihrem Beitrag für die Kommune fehlt. Eigene Zockereien von Städten und/oder Verluste aus cross-border-leasing-Geschäften durch strauchelnde „Partner“banken sowie höhere Zinsen für Kredite gehen in die Millionen. Das wird zu Kürzungen und Streichungen vor allem der sozialen Leistungen und bei Kindern/Jugend führen. Die Bündnisse können hier aktive Aufklärungsarbeit betreiben und sich an Widerstand und Kampf gegen die Abwälzung der Krisenlasten beteiligen.

Der KPR ging auf den heutigen gesellschaftlichen „**Linkstrend**“ ein und stellte eine große Aufgeschlossenheit für die alternative Kommunalpolitik fest. Diese führt jedoch nicht im Selbstlauf zu größerer Organisiertheit. Es wurde festgestellt, dass die aktiven Mitstreiter sich bewusst Zeit nehmen müssen für Besuche der Mitglieder und Pflege der Kontakte. Zur Frage, ob überparteiliche Kommunalbündnisse - nicht bei einzelnen Projekten, aber als langfristige Organisationsform - Ausdruck einer „Entpolitisierung“ der Kommunalpolitik seien, wurde erarbeitet, dass Überparteilichkeit keinesfalls unpolitisch sei oder ohne Programmatik. In den Lebensfragen auf kommunaler Ebene treten parteipolitische Ziele zurück gegenüber dem meist überparteilichen Zusammenschluss der Menschen für ihre Belange. Eine Abwendung von den parlamentarischen Gremien bedeutet eine Entparlamentarisierung, nicht aber Entpolitisierung. Überparteilichkeit ist eine positive Antwort darauf. Richtig ist, das man nicht bei Tagesfragen stehen bleiben darf,

so verstehen sich die Bündnisse aber auch nicht. Sie müssen sich selbstbewusst positionieren.

Das erfordert **konkrete Losungen und Forderungen**, nicht allgemeine wie „Den Reichen nehmen – den Armen geben“ oder „gläsernes Rathaus“. Auch die Forderung einer generellen „Rekommunalisierung“ wurde aufgeworfen. Entscheidend ist bei Privatisierungen der Kampf der Betroffenen gegen Verschlechterungen bei Leistungen der Daseinsfürsorge und den Arbeitsbedingungen, gegen die „Dienstleisterrolle“ der Kommunen und im weiteren des Staates gegenüber den Großkonzernen.

In sechs **Arbeitsgruppen** wurde intensiv an den aufgeworfenen Themen gearbeitet:

Kumpel machen Kommunalpolitik: In den Bergbauregionen waren früher an die 500 Männer (!) wie selbstverständlich über Zeche, Gewerkschaft und SPD in der Kommunalpolitik aktiv. Heute hat sich das verringert und ist auf Umweltfragen wie z.B. Altlasten konzentriert. Den Bergleuten liegt in ihren Gemeinden die Jugend und deren Ausbildung am Herzen. „Kumpel für AUF“ steht für eine selbständige, überparteiliche kommunale Arbeit der Bergleute.

Kommunales Eigentum und Daseinsfürsorge – Gegenstrategien zu Privatisierung: Ein Schwerpunkt waren die erheblichen Auswirkungen der Finanzkrise, die noch gar nicht bewertet werden können. Gegen Unsicherheiten windiger Finanzierungen oder von PPP-Modellen usw. Klarheit schaffen und fordern auch durch Anfragen in den Räten. Die Bedingungen für Reprivatisierungen verbessern sich, mehr Menschen fordern mehr Einfluss der Kommunen und einen „stärkeren Staat“. Derzeit laufen Verträge über Leitungsnetze, Stromversorgung usw. aus, werden nach neuen Regeln und kürzer geschlossen, hier kann man Impulse geben auch für Umweltforderungen.

Erfahrungsaustausch und Vernetzung im Umweltschutz: Kommunalpolitik ist eng mit Umweltpolitik verbunden: Verantwortung übernehmen, Blick weiten, einreihen in die notwendige Widerstandsfront. Klimaschutz spielt eine entscheidende Rolle – in die Öffentlichkeitsarbeit aufnehmen, Kräfte bündeln z.B. zum „Weltklimatag“ Anfang Dezember: Vernetzung und Zusammenarbeit sind hier besonders notwendig, weil das nicht aus einer Stadt heraus gelingen kann.

Zusammenarbeit vor Ort und Kommunalwahl 2009: Dafür ist mit dem „Linkstrend“ die Ausgangslage insgesamt positiv verändert gegenüber 2004, aber auch taktisch anders, weil die LINKE jetzt überall und ausdrücklich nicht als Wahlbündnis antritt. Wir fördern trotzdem den Zusammenschluss, aber vor allem die Rechnungen der Bürger, die sie selbst aufmachen, dabei auch die Auseinandersetzung mit der Partei die LINKE. Überparteilichkeit und die Grundsätze der Bündnisse sind dabei der Trumpf, selbstbewusst und ohne Einmischung in andere Organisationen. In der Kommunalwahl sprechen wir alle an – Arbeiter, Frauen, Jugend und Immigranten besonders. Einstellen auf (antikomunistischen) Gegenwind im Wahlkampf.

Alternative Kinder-, Jugend- und Familienpolitik in der Kommune: Familienpolitik auch kritisch hinterfragen in ihrer Rolle für die Herrschaftsverhältnisse. Hier wird ständig gegenseitige Verantwortung übernommen – erfordert ein jugend- und frauenpolitisches Profil in der alternativen Kommunalpolitik. Klare Forderungen stellen, nicht beklagen, dass kein Geld da sei usw. Mit Initiativen und Bewegungen vernetzen. Gemeinsam mit den Menschen arbeiten: aufklären, organisieren, Freizeit. Wie wir Politik machen ist Trumpf.

Demokratische Rechte kennen, nutzen und erhalten: Bürgerliche Rechte und Freiheiten werden (wie die Versammlungsfreiheit nicht nur in Bayern) eingeschränkt und müssen auch in den Kommunen verteidigt werden. Bürgerbegehren und -entscheide werden rigider behandelt. Bestehende Möglichkeiten wie Nutzung öffentlicher Einrichtungen, Akteneinsicht, Informationspflichten den Bürgern und ihren Initiativen bekannt machen, und selbst in der Basisarbeit und der Ratsarbeit fordern und nutzen.

2. Vernetzung und Koordinierung der Arbeit

Der KPR bekräftigte die gegenseitige **Solidarität im Kampf um politische Rechte**. Er forderte zur aktiven Teilnahme an Aktionen zum **Weltklimatag 6.12.2008** auf und zur engeren Zusammenarbeit in der Umwelt- und Verkehrspolitik (Kryo-Pilotanlage, Widerstand gegen CO-Pipeline und Kohlekraftwerke). Positiv wurde die Idee eines **NRW-Regionaltreffens** im Frühjahr 2009 aufgegriffen zum Austausch über den dann laufenden Kommunalwahlkampf.

Dagegen wurde ein **gemeinsames Zeitungsprojekt** als verfrüht gekennzeichnet. Es soll dabei nicht um eine komplette überregionale Zeitung gehen, sondern um eine Zusammenfassung der verschiedenen örtlichen Veröffentlichungen zu einem Thema, um deutlich zu machen, dass hier kommunale Politik vernetzt und zusammengearbeitet wird. Das kann und soll aber vorläufig auch über die Homepage erfolgen. Die Bündnisse müssen Schwerpunkte und den Takt ihrer Aktivitäten selbst bestimmen und können dafür in ihrer eigenen Zeitungsarbeit Material aus der Koordinierung verwenden.

Allgemein wurde mehr Zusammenarbeit in der **Bildungsarbeit** und der Austausch von **Analyseergebnissen** gewünscht sowie eine **praktische Zusammenarbeit** an Brennpunkten städteübergreifender kommunalpolitischer Themen.

Der **Rechenschaft der Koordinierungsgruppe** und ihrer Entlastung wurde zugestimmt und eine neue Koordinierungsgruppe gewählt mit drei Leuten aus der bisherigen Koordinierung (aus Eisenach, Essen, Witten) und drei neuen (Bergkamen, Gelsenkirchen, Witten). Der Ratschlag bekräftigte den Auftrag,

- die eingeschlafene Homepage sofort wiederzubeleben
- und in allen Bündnissen eine regelmäßige Mitarbeit daran sowie Beteiligung an ihrer Finanzierung anzustreben.

Punktuell hat sich die Vernetzung positiv entwickelt, v.a. im umweltpolitischen Bereich und in Ansätzen für eine Zusammenarbeit von Bündnissen aus den Bergbaustädten. Die Treffen der KOG wurden regelmäßig durchgeführt, dabei gelang es noch unzureichend, die „Sitze“ von Bündnissen oder Organisationen, die zum Ratschlag gehören, breiter zu mobilisieren, um den persönlichen Erfahrungsaustausch und auch die praktische Zusammenarbeit zu intensivieren.

Entschieden wurde **Kritik an der Homepage als wichtigsten Versäumnis** geübt. Dieses Versäumnis widerspricht dem Stand und der Aufgabenstellung zur Koordinierung: Den Erfahrungsaustausch organisieren, tatsächliche Hilfe zu sein, indem Analysen, Redebeiträge, Standpunkte, Hilfen für die Organisierung der Kleinarbeit, Argumente usw. zur Verfügung gestellt werden. Die KOG muss auch helfen, Hintergründe zu vertiefen und Zusammenhänge über die kommunalpolitische Arbeit hinaus herzustellen. Die neue KOG hat noch auf dem KPR Schritte für die Neuerstellung der Homepage eingeleitet und Unterstützer dafür gefunden.

3. Kommunalwahl 2009

Zum **Schwerpunkt „Vorbereitung der Kommunalwahlen 2009“** gab am zweiten Tag in etwas kleinerer Runde eine intensive Auseinandersetzung mit der veränderten Ausgangslage und zur Frage von Wahlbündnissen oder gemeinsamen Listen und Fraktionsgemeinschaften. Diese Diskussion setzte an dem verbreiteten Wunsch an, dass fortschrittliche und alternative Kräfte auch in der Kommunalpolitik zusammenarbeiten, und nicht als Konkurrenz auftreten. Dabei spielte auch das in NRW geänderte Wahlrecht eine Rolle, das die Hürde für die Erringung des ersten Sitzes auf 1,2 % - ca. 5 % je nach Größe des Kommunalparlaments hinaufsetzt.

Eine **Zusammenarbeit** auf der Grundlage des gemeinsamen Kampfes muss jederzeit gesucht werden und hängt nicht von gemeinsamen Kandidaturen oder Fraktionen ab. Überparteiliche Personenbündnisse haben aber ihr **eigenes Profil** und gewinnen vor allem mit der rechtzeitigen Gewinnung neuer Kandidatinnen und Kandidaten an Bekanntheit und Einfluss in der Stadt. Die **Kleinarbeit vor Ort ist ihre Stärke** in Wahlvorbereitung und Wahlkampf. Diese Arbeit auf der Straße und mit den Menschen ist deshalb entscheidend gegenüber z.B. einer „Materialschlacht“. Die Erfahrung ist, dass gute Wahlergebnisse erzielt wurden, wo gute Kleinarbeit gemacht wurde.

Die **konkrete Taktik zur Wahl**, die Aufstellung der Liste, Bündnisse mit anderen Gruppen, Vorschlag für Fraktionsgemeinschaften usw. müssen aufgrund einer konkreten Analyse am jeweiligen Ort entwickelt werden. Erfahrungsaustausch und Koordinierung können das unterstützen, aber es gibt kein „Raster“ dafür. Erarbeitet wurde, dass die Wahlaktivitäten verbunden werden sollten mit konkreten Kernfragen der Lebensverhältnisse in der Kommune, mit Forderungen und gemeinsamen Aktionen dazu, um das eigenständige Profil und die Zusammenarbeit mit neuen Mitstreitern zu stärken. Dazu gehört auch der Kampf und die Aktionseinheit gegen neofaschistische Kräfte und Provokateure wie „Pro NRW“.

Das sollte jetzt im Mittelpunkt stehen und mit der **Kandidatenaufstellung** begonnen werden bis etwa Anfang 2009. Für jeden neuen Kandidaten ist es eine Entscheidung, öffentlich zu werden. Sie erfordert Hilfe und Solidarität, zumal bei antikommunistischen Angriffen. Das unterscheidet die Bündnisse von den meisten anderen Bewerbern. Die Abläufe, Anforderungen, Wahlkampfphasen usw. wurden nicht näher besprochen, zugleich aber der Wunsch für die Bündnisse in NRW bekräftigt, im Frühjahr zum konkreten Erfahrungsaustausch, Koordinierung und Vernetzung ein **NRW-weites „Zwischentreffen“** durchzuführen.

Das muss die Bündnisse in ihrer eigenen Arbeit zu unterstützen. Die Koordinierungsgruppe konzentriert sich zunächst darauf mit der **Hauptmethode der erneuerten Homepage**.

Herzliche Grüße

Koordinierungsgruppe

| -